



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24891 - 33

Fernschreiber 086690

P/XIV/3 - 5. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Der Griff nach den Sternen Zum Start der russischen Raumrakete	46
1a	Minus drei Prozent - plus zehn Prozent Ein aufschlußreicher Bericht der Euro- päischen Wirtschaftskommission	45
2 - 3	Belgrad und Bonn Zum Rechenschaftsbericht des Bonner Außenministeriums Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad	50
4 - 5	Die Barbaren sind unter uns Von Ulrich Lohmar, MdB	61
6	Es geht um die gewerkschaftliche Einheit Ein Aufruf des Präsidiums der SPD	34

* * *

* * *

Der Griff nach den Sternen

sp - Den gedankenreichsten Kommentar zum gelungenen Start der ersten russischen Raumrakete hat der indische Ministerpräsident Nehru gegeben. Er sagte, das gegenwärtige Zeitalter der großen technischen Fortschritte mache auch eine Änderung des bisherigen Denkens erforderlich, der Menschheit stünden gewaltige technische Kräfte zur Verfügung, die auszunutzen sie psychisch noch nicht in der Lage sei. In der Tat: Wenn je das Wort von einem neuen Zeitalter, das angebrochen sei, zutraf, dann jetzt, wo die Eroberung des Weltalls technisch in Sichtweite gerückt ist.

Die Leistung sowjetrussischer Techniker und Wissenschaftler reicht sich würdig vorangegangenen Pioniertaten der Menschheit an. Uneingeschränkte Lobsprüche und Bewunderung fließen diesen Pionieren zu. Einer der ersten, der seinen Respekt zollte, war der amerikanische Präsident Eisenhower, gefolgt vom britischen Ministerpräsidenten Macmillan, der sicher ist, "daß diese hervorragende Leistung ein wichtiger Beitrag zu den wissenschaftlichen Kenntnissen der Menschheit sein wird". Man vermißt in dieser Reihe der Gratulanten, die über alle politischen und ideologischen Gegensätze hinweg ihr Gefühl für die Großartigkeit menschlichen Forscherstrebens, wo immer es auch zu verzeichnen ist, bewahrt haben, den Namen des westdeutschen Bundeskanzlers. Stellt sein Schweigen an sich schon eine Anerkennung dar? Beim Start des ersten russischen Erdsatelliten hat es noch Adenauer bedauert, daß dadurch so viele westeuropäische Zeitungen "zu Lobeshymnen auf die Sowjets veranlaßt worden" seien, sein Verteidigungsminister, Herr Franz Josef Strauss, nannte sogar den ersten Sputnik geringschätzig einen "Bluff". Inzwischen wird unser Verteidigungsminister wohl anderen Sinnes sein und sich vor abwertenden Bemerkungen über technische Großtaten der östlichen Welt hüten. Gerade wir Deutschen, die wir im vergangenen Jahrhundert an der Spitze von Wissenschaft und Forschung standen, sollten auch den Freimut zur Anerkennung von Leistungen anderer Völker besitzen, auch wenn uns deren politische Verfassung nicht behagt.

Die Sowjetunion besitzt nun in Wettrennen um die Eroberung des Alls wieder die Führung, vielleicht werden es Monate, vielleicht auch Jahre sein, in denen sie diesen Vorsprung halten kann. Früher oder später werden aber auch die Vereinigten Staaten in der Lage sein, dieses Minus in ihrer Raketenforschung wieder aufzuholen, nicht ausgeschlossen, daß auch noch andere Völker in diesen Wettbewerb eintreten. An den politischen und militärischen Tatbeständen wie sie durch die beiden Mächte geschaffen wurden, wird dadurch kaum etwas geändert, denn schon seit Jahren sind beide Führungsmächte wohl in der Lage, sich gegenseitig und die ganze Welt auszulöschen. Wenn die Überwindung der Schwerkraft der Erde, an der Wissenschaftler und Techniker aus allen Kontinenten mitwirkten und mitwirken, eine Lehre für uns Menschen aufgibt, dann doch die, nun mit verdoppelter Kraft dahin zu straben, daß über die Eroberung des Alls nicht die Befriedung der Erde vergessen wird. Von ihrem Gelingen hängt doch zu allererst das Wohl und Wehe der Völker ab.

Minus drei Prozent - plus zehn Prozent

sp - Nach einem Bericht der Europäischen Wirtschaftskommission liegen zur Zeit in Westeuropa 40 Millionen Tonnen Kohle auf Halde. Der Bericht schlüsselt nach einzelnen Ländern die Haldebestände nicht auf, doch ist allgemein bekannt, daß weit über die Hälfte dieser gelagerten Kohle in Westdeutschland liegen. Für die deutschen Bergarbeiter bedeutet dies Kurzarbeit, Feierschichten und einen empfindlichen Lohnrückgang. Die Europäische Wirtschaftskommission stellt außerdem fest: In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ist im Vergleich zu dem gleichen Zeitraum des Jahres 1957 die gesamte Industrieproduktion um drei Prozent zurückgefallen. Das industrielle Wachstum der westeuropäischen Länder stagniert, es leidet unter Konjunkturerlöschungen. Alle Länder sind davon betroffen, die einen mehr, die anderen weniger. Ausgesprochene Krisenerscheinungen machen sich in der Kohle-, Stahl- und Textilindustrie bemerkbar; manche Länder, wie Großbritannien und Frankreich müssen froh sein, wenn sie den Produktionsstand des vergangenen Jahres halten können.

Wie sieht das entsprechende Bild in Osteuropa einschließlich der Sowjetunion aus? Auch hier vermittelt der Bericht der Europäischen Wirtschaftskommission aufschlußreiche Zahlen. Danach sind in den meisten Staaten Osteuropas 1958 mehr Konsumgüter zur Belieferung der Bevölkerung vorhanden gewesen als 1957. Insgesamt stieg die Industrieproduktion der osteuropäischen Länder um zehn Prozent, wobei der Großteil auf die Produktion von Kapitalgütern entfiel. Große Anstrengungen werden zur Errichtung neuer Erdölleitungen und zur Elektrifizierung der Schienenwege in der Sowjetunion gemacht.

Die Europäische Wirtschaftskommission hat eine Unterabteilung der Vereinten Nationen, sie verfügt wohl über das umfangreichste und zuverlässigste Zahlenmaterial. Ihr Bericht ist frei von jeder propagandistischen Färbung. Was besagt er? Kein Westeuropäer und vor allem wir Bundesrepublikaner haben auch nur den geringsten Anlaß, auf die östliche Welt mit Hochmut und Geringschätzung herabzublicken. Der Bericht besagt aber noch mehr, und das gilt vor allem für unsere Politiker: Nichts deutet darauf hin, daß die Sowjetunion einer Periode innerer Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenght, ein Lieblingsthema unseres Bundeskanzlers, nach dem er sein Rußlandbild forst. Die Spezialisten ealdiger sowjetischer Wirtschaftsexperten, die bei uns in der Bundesrepublik besonders beliebt und gefragt sind, werden durch die nüchternen Zahlen dieser Europäischen Wirtschaftskommission widerlegt, sie leben in einer Traumwelt, die zu der Wirklichkeit keine Beziehung hat.

Die Westeuropäer werden sich künftig ins Zeug legen müssen, wenn sie mit dem Produktionszuwachs Osteuropas, der ja auch seine politischen Folgen hat, nur Schritt halten wollen. In der Behauptung im wirtschaftlichen Wettlauf und nicht in der Beteiligung an Rüstungsgewinnsinn wird die Zukunft Europas entschieden.

+ + +

Zum Rechenschaftsbericht des Bonner Außenministeriums

Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad.

Der unlängst vom Bonner Außenministerium veröffentlichte Rechenschaftsbericht für 1958 hat in Jugoslawien ein starkes und ablehnendes Echo ausgelöst. So nahmen der jugoslawische Regierungssprecher und die der Regierung nahestehende Belgrader Zeitung "Politika" dazu Stellung. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man berücksichtigt, daß ein Teil des Berichtes sich rückschauend mit dem Bonner Beschluß vom 19. Oktober 1957 beschäftigte, die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abzubrechen. Auf diese Weise sollte Belgrad für die Anerkennung der DDR und damit auch der These vom Bestehen zweier deutscher Staaten bestraft werden.

Man mag auch heute noch das in diesem Zusammenhang bereits 1957 und auch gegenwärtig wiederholte jugoslawische Argument mit einer gewissen Skepsis betrachten, die Belgrader Regierung wollte mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Ost-Berlin zur Normalisierung der deutschen Situation beitragen. Einen anderen jugoslawischen Einwand kann man jedoch keineswegs von der Hand weisen. Der Entschluß, einen jugoslawischen Botschafter in Pankow zu akkreditieren, gehörte zur Handlungsfreiheit eines souveränen Staates, der sich auch von Bonn keine Vorschriften darüber machen lassen wollte, was er zu tun oder was er zu unterlassen habe.

Die Bonner Drohung, man werde zu jedem Staat die diplomatischen Beziehungen abbrechen, der es wagen sollte, das als Mitteldeutschland oder Sowjetzone für Bonn politisch nicht existierende Gebilde völkerrechtlich anzuerkennen, war auch in Belgrad bekannt. Aber sicherlich hat man mit Recht daran gezweifelt, daß Bonn zu einer Maßnahme greifen werde, die in den Lehren des Völkerrechts gleich vor der Kriegserklärung rangiert. Normalerweise hätten damit auch sämtliche zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien ihr Ende finden müssen.

Daß dies jedoch nicht im Sinne des Erfinders war, bewies sich recht bald. Die konsularischen Beziehungen blieben bestehen; die wirtschaftlichen litten zwar unter dem Ausfall der Hermes-Garantien und der fehlenden diplomatischen Kanäle, der Umfang des Warenaustausches und die finanziellen vertraglichen Verpflichtungen wurden dadurch jedoch nicht geringer. Im Gegenteil, die jugoslawischen Ausfuhren in die Bundesrepublik konnten 1958 gegenüber dem Vorjahre noch gesteigert werden.

Diese Entwicklung ist selbstverständlich auch in Jugoslawien begrüßt worden. Wenn jetzt jedoch der Rechenschaftsbericht des Bonner Außenministeriums durch Hinweis auf diesen "guten Zustand" den Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien zu bagatellisieren oder gar zu rechtfertigen versucht, so hat man hier einige nicht unbegründete Einwände. Man betont nicht zu Unrecht, daß unter normalen Bedingungen die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen noch stärker hätten ausgebaut werden können. Und außerdem fragt man sich, wenn Bonn die Situation so darstellt, als seien diplomatische Beziehungen prinzipiell nicht unbedingt notwendig, wenn nur in den unpolitischen Bereichen keine großen Schwierigkeiten auftreten, wozu dann die Bundesrepublik überhaupt diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten unterhalte.

Daß Bonn die Wirtschaftsbeziehungen zu Jugoslawien nicht zuletzt aus eigenem Interesse und nicht etwa als eine "Samaritergeste" aufrechterhalten hat, beweist nur die Fadenscheinigkeit der so oft mit moralisch-ideologischen Phrasen operierenden Bonner Außenpolitik. Sie wird in Jugoslawien und anderen osteuropäischen Staaten nur den Eindruck verstärken, daß man in Bonn eine Politik von der Position der Stärke zu führen geneigt ist, daß man echte politische Lösungen scheut, um sich gegenüber einem Teil der deutschen Wählerschaft den anti-kommunistischen Glorienschein zu retten, andererseits aber durchaus geneigt ist, mit politisch angeblich nicht akzeptablen oder gar verwerflichen Verhandlungspartnern Geschäfte zu machen, wenn diese einen Vorteil versprechen.

Ein ähnlicher Vorgang zeichnet sich auch in einigen jugoslawischen Nachbarländern ab. Erst unlängst weilten in den Hauptstädten Rumäniens und Bulgariens einige Vertreter einer großen deutschen Firma, um ihre eigenen Handelsbeziehungen zu diesen Staaten auszubauen. Dies ist gut so. Denn nicht zuletzt kann die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die in einem Stadium der weltweiten Arbeitsteilung zu einer Notwendigkeit für alle Länder geworden ist, manche Barrikaden zwischen Staaten und Völkern abbauen. Aber erst die Regelung der politischen Beziehungen durch die Herstellung diplomatischer Kontakte kann eine allumfassende Grundlage dafür geben. Besonders uns Deutschen stent es nicht an, dem ohnehin bei einigen osteuropäischen Völkern bereits vorhandenen und durch die Wiederaufrüstung neu gestärkten Mißtrauen durch eine Außenpolitik Vorschub zu leisten, die die Frage der Entsendung eines diplomatischen Vertreters in diese Staaten als eine ungeheure Gunst auslegt, die Bonn je nach der wechselnden politischen Konstellation zu gewähren bereit ist.

Weil man in Bonn jahrelang unter Berufung auf moralische und weniger staatsrechtliche Prinzipien die Augen vor der politischen Realität verschloß und sie durch militärische Konzeptionen zu ersetzen versuchte, stolperte man besonders in letzter Zeit allzu häufig über das "nicht existente mitteldeutsche Etwas", das auf dem Wege zur deutschen Wiedervereinigung und europäischen Sicherheit liegt. Eine Wiederaufnahme der diplomatischen Kontakte zu Jugoslawien könnte einen Versuch bedeuten, sich von postulierten Prinzipien zu lösen, die, wie der Bericht des Bonner Außenministeriums beweist, fadenscheinig und inhaltlos sind, weil sie der Wirklichkeit bereits jetzt nicht mehr standhalten können. Doch dazu müßte man in Bonn einen entscheidenden Schritt nach vorwärts tun, woran man in Belgrad gegenwärtig kaum glaubt.

+ + +

Die Barbaren sind unter uns

Von Ulrich Lohmar, MdB

Zwei Erscheinungen im öffentlichen Leben der Bundesrepublik stehen hart nebeneinander: Die grausigen Prozesse, in denen den Mördern der Konzentrationslager noch einmal das für den normalen Menschen unvorstellbare Maß ihrer Schuld vor Augen geführt wird, und eine Reihe antisemitischer Äußerungen von Leuten, die nicht ohne Rang und Namen sind. Man mochte den Fall Eisele in seiner dilatorischen juristischen Behandlungsweise als eine mehr oder minder zufällige Panne abtun. Der Fall Zind ließ mindestens die Vermutung zu, daß eine offenbar beachtliche Zahl deutscher Richter den Antisemitismus auf ihre Weise für problemlos hält, und die Fälle Schweinsberger in Frankfurt und Stielau in Lübeck machten vollends deutlich, daß die Jahre vorüber zu sein scheinen, in denen die Antisemiten bei uns aus Scham oder Angst den Mund hielten.

Es ist an der Zeit, daran zu erinnern, daß die barbarischen Formen des Antisemitismus im Dritten Reich sich nur in Verbindung mit völkischen und nationalsozialistischen Ideen zur Ideologie der Ausrottung des jüdischen Volkes verdichten konnten und daß deshalb die Auseinandersetzung mit den Antisemiten zugleich eine Klärung der jüngsten deutschen Vergangenheit erfordert, der wir bis heute so standhaft ausgewichen sind. Deshalb fügt sich zum Beispiel die Diskussion um den jetzigen Landtagsabgeordneten Reinefarth in die gleiche Problematik ein wie die erwähnten antisemitischen Äußerungen von Juristen und Lehrern. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel hat, aus welchen Gründen auch immer, nicht begriffen, daß man den Antisemitismus in Deutschland nur überwinden kann, wenn man zugleich seine ideologischen Stützen zerbricht.

Wir haben in der jüngsten Vergangenheit oft Klagen gehört über ein politisches Desinteresse der Jugend. Den wenigsten Beobachtern

scheint indessen aufgefallen zu sein, daß sich hier seit etwa einem Jahr ein Wandel abzeichnet. Wer heute mit jungen Berufsschülern oder Abiturienten diskutiert, der wird überall die Frage hören: Wie war es wirklich in den Jahren 1933 bis 1945 in Deutschland? Wie konnte es dazu kommen? Und was kann man tun, um die Wiederkehr der Diktatur und der Unmenschlichkeit zu verhindern? Die Redlichkeit, mit der diese Fragen aufgeworfen werden, berechtigt zu der Hoffnung, daß die junge Generation unseres Staates das nachzuholen gewillt ist, was die ältere in ihrer Mehrheit versäumt hat: eine geistige Aufarbeitung der nationalsozialistischen Zeit, die eben nicht nur ein Betriebsunfall der Demokratie gewesen ist. Man kann in Gesprächen mit jungen Menschen erfahren, worauf es dabei ankommt: auf eine bedingungslose Härte gegenüber den Antisemiten und auf eine fundierte politische Bildung der jungen Bürger unseres Staates.

Wir begrüßen es deshalb, daß eine der bedeutendsten Monatszeitschriften jetzt der Bundeszentrale für Heimatdienst den Vorschlag unterbreitet hat, in einer Wanderausstellung die Problematik des Antisemitismus und seine schrecklichen Erscheinungsformen darzustellen und diese Ausstellung vor allem der deutschen Jugend zu zeigen. Konkretes Wissen um die Dinge zu vermitteln, die geschehen sind, ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, sich klärend mit diesen Tatsachen auseinandersetzen zu können. Wir hoffen, daß der Vorschlag, diese Wanderausstellung zustande zu bringen, nicht im Dickicht bürokratischer Erwägungen und finanzieller Einwände versandet.

Eine menschliche und freiheitliche Gesellschaft wird sich in Deutschland endgültig nur dann Bahn brechen können, wenn die Repräsentanten der Demokratie, die heute die Macht und die Verantwortung in Händen halten, dieses Leitbild mit Leben erfüllen, wenn Demokratie mehr meint und ausstrahlt als einen funktionierenden Mechanismus staatlicher Apparaturen. Die Idee der Menschlichkeit muß spürbar bleiben in diesem Getriebe - und das harte Nein gegenüber denjenigen, die sich erneut anschicken, die Blutgerüste des Dritten Reiches in einem verklärenden Zwielficht erscheinen zu lassen.

Es geht um die gewerkschaftliche Einheit

In der Bundesrepublik und West-Berlin finden im Frühjahr 1959 Betriebsrätewahlen statt. In einigen Bundesländern finden gleichzeitig auch Wahlen für Personalräte statt. Das Präsidium der SPD erläßt heute aus diesem Anlaß folgenden Aufruf:

"In wenigen Wochen finden in den Betrieben der Bundesrepublik Betriebsrätewahlen statt. Millionen von Arbeitern und Angestellten werden an die Wahlurnen gerufen, um ihre Vertreter für die nächsten zwei Jahre zu wählen.

Betriebsräte sind für Arbeiter und Angestellte wichtige Organe innerhalb unserer wirtschaftlichen Ordnung. Wenn diese Ordnung nicht von den Arbeitnehmern bewußt mitgestaltet wird, dann kann auch unsere politische Demokratie nicht funktionieren.

Die Träger der Betriebsrätewahlen sind die deutschen Gewerkschaften. Sie bieten die Gewähr dafür, daß die Rechte der Betriebsräte nicht nur erhalten bleiben, sondern erweitert und wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden.

In der heutigen Zeit kommt es darauf an, die Solidarität aller Arbeitnehmer auf der Grundlage der Gewerkschaftseinheit zu bekunden. Diese Einheit ist eine notwendige Voraussetzung.

zur Sicherung stabiler Lebensverhältnisse
und für das Mitbestimmungsrecht.

Nur diese Geschlossenheit versetzt die Arbeitnehmer in die Lage, der wirtschaftlichen Machtzusammenballung entgegenzutreten, die Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte abzuwehren und zu verhindern, daß die wirtschaftliche Macht zum Unglück unseres Volkes abermals politisch mißbraucht wird.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ruft alle Arbeiter und Angestellten auf, sich geschlossen für die gewerkschaftlichen Listen und für die gewerkschaftliche Einheit einzusetzen.

Wer Betriebsrätewahlen unter Mißbrauch des christlichen Bekenntnisses oder zu kommunistischen oder reaktionären Zwecken ausnutzt, verletzt die Solidarität der Arbeitnehmer und schädigt die Einheit der Gewerkschaften."

+ + +